

Titel

Ohne Einkaufszentrum, aber nicht zu teuer

Schlussbericht zur Studie "Sportzentrum Thun Süd",
April 2006
im Auftrag der Stadt Thun

Projektteam:
Urs Bieri, Politikwissenschaftler
Claude Longchamp, Politikwissenschaftler
Stephan Tschöpe, Projektassistent
Silvia Ratelband-Pally, Administration



Das Wichtigste in Kürze

Die Thuner Stimmberechtigten fühlten sich zur Vorlage Sportzentrum Thun Süd hochgradig informiert. Diese Aussage stimmt so nicht nur für diejenigen ThunerInnen, welche dann auch an einem Urnengang teilnahmen, sondern gleichermaßen (wenn auch in abgeschwächter Form) auch für die Nicht-Teilnehmenden. Fragen wir aber die Teilnehmenden vertieft nach dem genauen Inhalt der Vorlage in seiner Gesamtheit (also die Kombination aus Neubau, Landtausch, Landverkauf, Umgestaltung Lachen, Einkaufszentrum und Verteilung der Restkosten auf Stadt, FC Thun und Private) wird schnell offensichtlich, dass die individuelle Informiertheit zwar subjektiv gross eingestuft wird, bei der Vorlage aber einzelne Elemente deutlich in der Vordergrund gestellt und andere gar nicht reflektiert werden.

All dies sind erfahrungsgemäss Folgen einer gleichzeitig alltäglichen und emotional besetzten politischen Vorlage. Alltäglichkeit bestimmt dabei gewichtig die überdurchschnittlich hohe Informiertheit, Emotionalität in einer Meinungsfindung fördert die Zuspitzung auf einige wenige und umstrittene Elemente und den freizügigen Umgang mit der dahinter stehenden Gesamtkomplexität.

Die Vorlage wurde nicht nur aufgrund eines flächendeckenden Informationsstandes mit einer klaren Mehrheit abgelehnt, die Ablehnung zieht sich dabei auch durch fast alle soziodemographischen Unterscheidungsmerkmale. Einzig entlang der Affinität zum FC Thun finden wir einen erkennbaren Unterschied im Stimmverhalten. So stimmten regelmässige Zuschauer von FC Thun-Heimspielen der Vorlage mehrheitlich zu, während unregelmässig Teilnehmende, und verstärkt auch UrnengängerInnen ohne Bezug zum FC Thun das neue Sportzentrum mehrheitlich ablehnten.

Die Ablehnung unterscheidet dabei explizit auch nicht entlang der eigenen politischen Verortung. So finden wir zu keinem Parteisymphisanten, gleich welcher Couleur, eine statistisch signifikante Zustimmung.

Zu teuer und mit der Mantelnutzung entgegen den mehrheitlichen Wünschen positioniert – dies sind in hochkonzentrierter Form die beiden zentralen Elemente, welche zur Ablehnung der Vorlage geführt haben. Die so erwachsene Kritik wurde durch die befürwortenden Elemente rund um eine ideale Platzwahl und den Wunsch nach einem modernen Stadion nicht genügend aufgewogen.

Die Mantelnutzung und die hohen Kosten entfalteten ihre grosse Wirkung nicht zuletzt deshalb, weil beide Punkte weit über die genuine Gegnerschaft der Vorlage unumstritten waren. Auch im Lager der Befürworter werden beide Argumente mehrheitlich geteilt. Offensichtlich ist es der Befürworterschaft nicht einmal unter ihren Sympathisanten gelungen, diese beiden Punkte zu entkräften.

Daneben soll auch erwähnt werden, was das Nein zum Sportzentrum aus argumentativer Sicht nicht bedeutet: Es ist nur am Rande ein generelles Veto gegen Grossprojekte an sich und es widerspiegelt nur marginal die Angst, dass der allfällig kurzfristige Erfolg des FC Thuns Investitionen in der vorgelegten Grössenordnung nicht rechtfertigt. Beide Ansichten werden zwar (knapp-)mehrheitlich geteilt, beeinflussten den Stimmentscheid aufgrund unserer Analyse nur schwach.

Die Thuner Stimmberechtigten, sofern sie überhaupt ein thematisches Interesse haben, äussern mehrheitliche Zustimmung zu einer Alternative ohne Einkaufszentrum, einer rein privaten Finanzierung und einer Sanierung des alten Stadion Lachen. Zwischen Befürworter und Gegner der abgelehnten Vorlage gleichermassen geteilt ist allerdings nur der Wunsch nach einer Version ohne Einkaufszentrum, während die beiden Letzteren nur bei der Gegnerschaft vom 12.2.2006 mehrheitliche Zustimmung geniesst. Oder in anderen Worten: Nur der Vorschlag ohne Einkaufszentrum vermag gegenwärtig die Fronten zwischen ehemaligen Gegnern und Befürwortern aufzuweichen und die beiden Lagern zu einigen. Allerdings setzen wir auch gegenüber einer Alternative ohne Einkaufszentrum Fragezeichen: Einerseits wird es gerade für die Stimmberechtigten schwierig, die durch den Wegfall der Mantelnutzung höheren Kosten für die Stadt dann auch zu akzeptieren – der Ruf "zu teuer" war schon bei der deutlicher billigeren Version mit Mantelnutzung laut hörbar. Andererseits ist der Vorschlag ohne Einkaufszentrum zwar breit geteilt, drängt sich dabei aber keineswegs schon jetzt als DER Vorschlag hervor. Trotz der weitgehenden Zustimmung sehen die Thuner Stimmberechtigten in ihm eine interessante Alternative unter drei anderen. Zumindest aus Sicht der Stimmberechtigten scheint es zum jetzigen Zeitpunkt schwierig, sich sofort auf eine der möglichen Alternativen einzustimmen.

Die Ergebnisse der Befragung "Fussballstadion Thun Süd" basieren auf einer repräsentativen Befragung von 1017 Thuner Stimmberechtigten, welche gfs.bern im Auftrag der Stadt Thun befragt hat. Die Befragung wurde dabei zwischen dem 11.4. und 20.4.2006 durchgeführt. Um Aussagen sowohl zu den Teilnehmenden, wie auch zu den themeninteressierten Nicht-Teilnehmende zu erhalten, befragten wir 600 Teilnehmende und 400 Nicht-Teilnehmende. Der Datensatz wurde nach dem reellen Verhältnis rund um Teilnahme und Verhältnis Stimmabgabe zurückgewichtet.

Inhaltsverzeichnis

DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE.....	2
INHALTSVERZEICHNIS	4
1. DIE EINLEITUNG	5
2. DER FORSCHUNGSPLAN	6
2.1. DIE GENERELLE THESE DES DISPOSITIONSANSATZES	6
2.2. DIE ARBEITSHYPOTHESEN	7
2.3. DER FRAGEBOGEN	8
2.4. DIE BEFRAGUNG.....	9
2.5. DIE DATENANALYSE	9
2.6. DIE GRAFISCHE AUFARBEITUNG.....	11
2.7. DIE BERICHTERSTATTUNG.....	12
3. DIE BEFUNDE	13
3.1. DIE ÜBERSICHT.....	13
3.2. DIE INFORMIERTHEIT ZUR VORLAGE	13
3.2.1. <i>Zwischenbilanz</i>	17
3.3. DAS VERHALTENSMUSTER.....	17
3.3.1. <i>Zwischenbilanz</i>	19
3.4. DIE MOTIVATION UND ARGUMENTATIVE VERORTUNG DES STIMMENTSCHIEDS	19
3.4.1. <i>Zwischenbilanz</i>	23
3.5. DER BLICK IN DIE ZUKUNFT	24
3.5.1. <i>Zwischenbilanz</i>	26
4. SCHLUSSBILANZ	27
4.1. DER RÜCKBLICK.....	27
4.2. DER AUSBLICK.....	29
DAS GFS.BERN TEAM.....	30

1. Die Einleitung

Die Thuner Stimmberechtigten haben sich am 12.2.2006 gegen das Projekt "Sportzentrum in Thun Süd" ausgesprochen. Die Ablehnung wurde dabei von 62% der UrnengängerInnen zum Ausdruck gebracht, während auf der anderen Seite sich klarminderheitliche 36% für die Vorlage einsetzten.

Am Urnengang haben sich dabei rund 57% der Stimmberechtigten beteiligt. Diese im nationalen Vergleich durchaus hohe Teilnahme am Urnengang mag schon einen ersten Indikator liefern: Offensichtlich hat diese Vorlage bewegt – zumindest zu einem Urnengang, erfahrungsgemäss unter einer solchen Teilnahmhöhe auch emotional.

Der Entscheid an der Urne war somit offensichtlich breit getragen, dezidiert geäussert und richtete sich gegen den Behördenvorschlag. Soweit lässt sich der Urnengang problemlos auch ohne weitere Befragung der Thuner Stimmberechtigten erklären. Allerdings liefert jeder Urnengang nur einen dichotomen Ja-/Nein-Entscheid. Entweder wird eine Vorlage angenommen oder abgelehnt. Wer hat aber vermehrt abgelehnt und dies aus welchen Gründen? Bedeutet das Nein ein Festhalten am Status Quo oder den Wunsch nach Alternativen? Jede UrnengängerIn hat sich mit diesen Fragen konfrontiert und daraus ihren Stimmentscheid generiert. Die Antworten auf diese wichtigen Fragestellungen sind also im Urnenentscheid enthalten, allerdings in unsichtbarer Form.

Im Prinzip kann die interessierte BeobachterIn den Behörden-Prozess bis zur Verabschiedung einer Vorlage verfolgen, und in einem zweiten Schritt den Abstimmungskampf beobachten und dann von sich behaupten, sie wisse die Gründe für die Ablehnung. Doch weiss sie diese wirklich?

Die Stadt Thun hat sich entschlossen, diese Unsicherheit mit Hilfe des Forschungsinstituts gfs.bern systematisch zu durchleuchten. Ziel der Studie ist es, das Abstimmungsverhalten der ThunerInnen vom 12. Februar 2006 bei der Entscheidung gegen das Sportzentrum Thun Süd vertieft erklären zu können. Die Analyse sollte vorrangig Antworten auf drei Fragenkomplexe geben.

Es soll

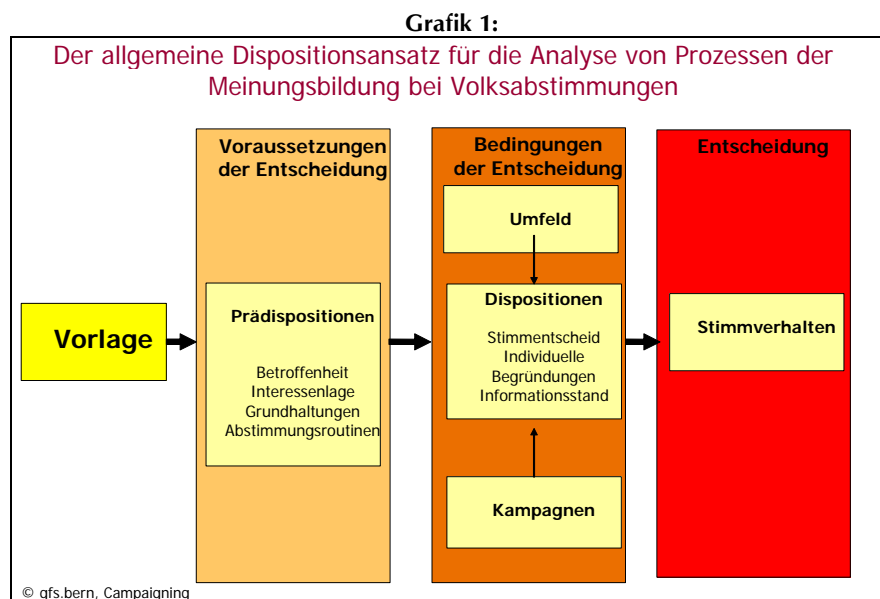
1. nach Verteilungsmustern geforscht werden in Bezug auf soziodemographische Variablen (wer hat wie abgestimmt?),
2. der Informationsstand sowie die zugrunde liegende Motivation untersucht werden (welche Argumente werden akzeptiert, welche nicht?) und
3. nach den Konsequenzen gesucht werden, die aufgrund der Abstimmungsergebnisse zu ziehen sind.

2. Der Forschungsplan

Als Konzept für Abstimmungsanalysen hat gfs.bern den Dispositionsansatz entwickelt. Er ist besonders geeignet, über den Einzelfall hinaus verständlich zu machen, wer wie gestimmt hat, was dazu geführt hat und was aus der Entscheidung gefolgert werden kann. Ohne in die Details zu gehen, seien die hauptsächlichen Prämissen des Ansatzes und die Folgerungen, die sich für die Analyse ergeben, kurz vorgestellt.

2.1. Die generelle These des Dispositionsansatzes

Die These des Dispositionsansatzes lautet: Ergebnisse von Volksabstimmungen zu einer bestimmten Vorlage stehen in der Regel nicht ein für alle Mal fest. Vielmehr sind sie das Produkt aus Prädispositionen der Bevölkerung und aus Kampagnewirkungen, die in einem bestimmten Umfeld erzeugt worden sind.



Elemente dieser Definition sind nebst der "Entscheidung" auch "Kampagnen", "Prädispositionen", "Umfeld" und "Vorlage". Formalisiert werden Entscheidungen als Funktion von Vorlagen, Kampagnen, Prädispositionen und Umfeld gesehen. Entscheidungen variieren demnach, wenn sich mindestens eines der Elemente ändert. Allerdings können sie sich nicht beliebig entwickeln. So wird die Öffentlichkeitsarbeit durch das Umfeld und die Vorlage mitbestimmt, und Prädispositionen ändern sich in der Regel nur langfristig oder nur als Folge von veränderten Umfeldbedingungen. Schliesslich können auch Vorlagen nicht einfach ausgewechselt werden.

Streng genommen setzt der Dispositionsansatz Vor- und Nachanalyse von Entscheidungsprozessen voraus. Denn nur so können Prädispositionen sauber ermittelt werden, da sie sich als Vorverständnisse der BürgerInnen von Problemen und Lösungsvorschlägen verstehen, die nicht erst unter Bedingungen gezielter Öffentlichkeitsarbeit entstehen. Vielmehr stellen sie die Basis dar, auf der die Politik Meinungsbildung betreiben

sollte, sei es als Bestätigung, als Weiterentwicklung oder als Umkehr bisheriger Präferenzen. Prädispositionen sind als politische Routinen vorhanden, aber auch als Interessenlagen, als Werthaltungen und als Identitäten, sofern diese für die Entscheidung von Belang sind oder werden können.

Nachanalysen müssen auf die Prozessbetrachtung verzichten, verfahren aber retrospektiv grundsätzlich nach dem gleichen Analyseschema. Im Nachhinein nicht leisten können wir eine Unterscheidung zwischen Prädispositionen und Kampagnen-Argumentarium, da wir ohne Vorbetrachtung nicht wissen, was erst in der Kampagne als Argument auftaucht, und was schon vor Kenntnisnahme der Vorlage in der Bevölkerung angelegt war.

2.2. Die Arbeitshypothesen

Der Dispositionsansatz legt bei der Erklärung von Entscheidungen, die BürgerInnen bei Volksabstimmungen treffen, eine Reihe von Hypothesen nahe; soweit diese in Kenntnis des Abstimmungsausgangs von Belang erschienen, haben wir sie zum Ausgangspunkt für die nachstehende Analyse genommen. Unsere Arbeitshypothesen für diesen Bericht lauten:

1. Arbeitshypothese

Entscheidungen zu Behördenvorlagen werden um so eher geteilt, als die Regierungsparteien die Behördenposition teilen. Zustimmung ist insbesondere bei Personen zu erwarten, die sich mit Regierungsparteien identifizieren, die für eine Behördenvorlage sind.

2. Arbeitshypothese

Entscheidungen zu Behördenvorlagen werden um so eher geteilt, als eine Vertrautheit der BürgerInnen mit den Forderungen der Behörden besteht, sei dies selbstredend oder aufgrund der Kampagnenkommunikation. Zustimmung ist insbesondere bei Personen zu erwarten, die sich informiert resp. nicht überfordert fühlen.

3. Arbeitshypothese

Entscheidungen über Behördenvorlagen werden um so eher geteilt, als die Behörden vorlagenspezifische Botschaften entwickeln resp. sich auf Selbstverständnisse und Interessen stützen können, die mehrheitlich geteilt und entscheidungsrelevant in die Meinungsbildung eingebracht werden können.

4. Arbeitshypothese

Ablehnungen von Behördenvorlagen sind meist nicht als Festhalten am Status Quo zu verstehen, sondern als Wunsch nach einer anderen Lösung. Hinterfragt wird in solchen Fällen meist nicht die Existenz des Problems, sondern die angebotene Lösung.

Der Schlussbericht soll diese vier Hypothesen im Befundeteil testen und die damit verbundenen Annahmen im Syntheseteil klären.

2.3. Der Fragebogen

Der Fragebogen für die Spezialuntersuchung wurde in zwei Schritten erstellt: Im ersten Schritt wurden die Indikatoren bestimmt, die für die Überprüfung der Arbeitshypothesen nötig sind. Im zweiten Schritt wurde ein Fragebogen formuliert, der sich für Bevölkerungsbefragungen eignet.

Die Arbeitshypothesen verlangen mindestens 5 Module, eines zu den abhängigen Variablen und vier zu den erklärenden. Die abhängige Variablengruppe nennen wir "Handeln bei der Abstimmung"; sie enthält Angaben zum Beteiligungs- und Sachentscheid sowie zu den damit verfolgten Absichten der Individuen. Die vier erklärenden Module folgen den Arbeitshypothesen, wir nennen sie die "Beurteilung der Botschaften", die "politischen Routinen" und das "Informationsverhalten". Das letzte dieser Module enthält die gesellschaftlich relevanten Angaben zu den Befragten, wie die soziodemografischen und sozioökonomischen Angaben zur Person resp. zum Haushalt sowie die Angaben zu Wohnort, die wir als indirekte Operationalisierung von Interessenlagen und Werthaltungen verwendeten. Zusätzlich wurden zur nachanalytischen Fragestellung mögliche Alternativen zum Status Quo auf Ihre potenzielle Mehrheitsfähigkeit getestet.

Tabelle 1:
Übersicht über die Module und Indikatoren der Befragung "Sportzentrum Thun Süd"

<i>Haushalts-/Personenbezogene Merkmale</i> Geschlecht Alter Schulabschluss Einkommen (des Haushaltes)
<i>Informationsverhalten</i> Selbstreferierte Informiertheit Wissensstand
<i>Politische Routinen</i> Parteibindung
<i>Beurteilungen von Botschaften</i> 9 argumentative Verortungen
<i>Handeln bei der Abstimmung</i> Teilnahmeverhalten Stimmverhalten Individuelle Begründung der Sachentscheidung
<i>Mögliche Alternative</i> Akzeptanz einzelner Alternativen Gewichtung einzelner Alternativen

Das Vorgehen beim Fragebogen folgte den Erfahrungen, die wir bei anderen Abstimmungsnachanalysen, namentlich im Rahmen der VOX-Analysen, gesammelt haben. Es berücksichtigte auch die Erkenntnisse zu kantonalen und städtischen Abstimmungen.

2.4. Die Befragung

Die Befragung eines Querschnitts von Stimmberechtigten der Stadt Thun fand zwischen dem 11. April und 20. April 2006 statt. Da der Auftrag erst rund 2 Monate nach dem Urnengang erteilt wurde konnte nicht, wie sonst üblich, direkt nach der Abstimmung mit der Befragung begonnen werden. Systematische Tests der gewonnenen Datenlage zeigen aber keine Anzeichen dafür, dass die Erinnerung der Befragten überdurchschnittlich unter der Distanz zum Abstimmungstag litt.

Die Befragung wurde mittels Telefoninterviews realisiert. Die Interviews machten 34 ausgebildete BefragterInnen. Sie wurden vorgängig über Ziel und Ablauf der Befragung instruiert. Die Befragungsarbeit wurde an Werktagen zwischen 8 Uhr morgens und 9 Uhr abends realisiert. Die von den BefragterInnen produzierten Angaben wurden nachträglich plausibilisiert und auf allfällige Einflüsse der InterviewerInnen untersucht. Die Qualität der gelieferten Arbeit war für die Entlohnung relevant.

Die stimmberechtigten EinwohnerInnen der Stadt Thun bildeten die Grundgesamtheit der befragbaren Personen.

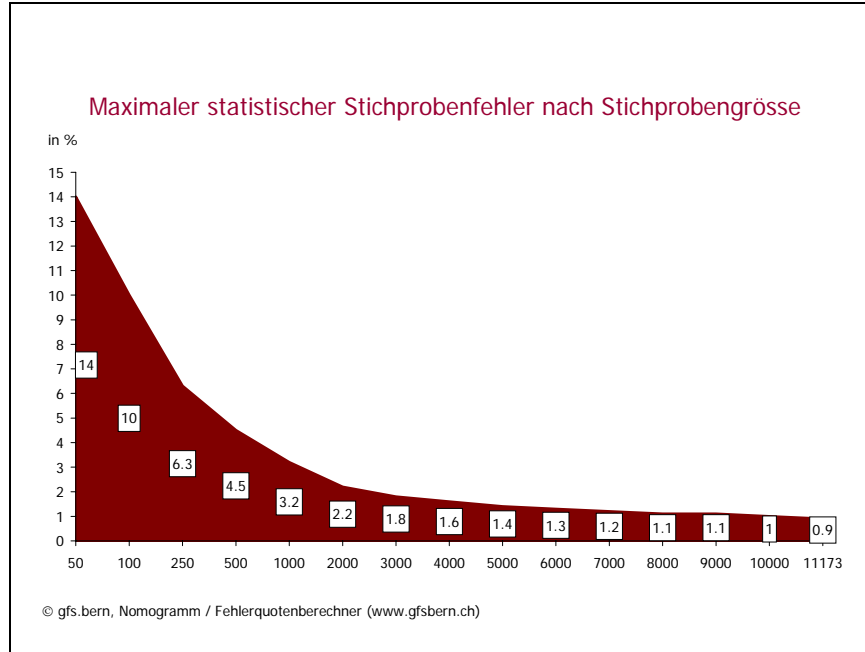
Bei der Realisierung der Stichprobe wurden zwei Ziele verfolgt: Zunächst sollten 1000 verwertbare Interviews realisiert werden. Damit die stimmenden Personen genauer analysiert werden konnten, legten wir fest, dass rund 600 der 1000 Interviews aus dieser Teilgruppe stammen sollten. Bei zirka 400 sollte es sich um BürgerInnen handeln, die an der Abstimmung nicht teilgenommen hatten. Diese kleine Überrepräsentanz der Teilnehmer wurde für die Datenanalyse mittels Gewichtung rückgängig gemacht.

Besondere Vorkommnisse während der Befragungszeit sind keine zu verzeichnen. Auch ergaben sich keine speziellen Schwierigkeiten bei der Rekrutierung der Personen für die Interviews resp. bei der Durchführung der eigentlichen Befragungsarbeit.

2.5. Die Datenanalyse

Die neu generierten Daten wurden wie folgt analysiert. Zuerst leisteten wir die beschreibende Analyse. Dabei werden vor allem Häufigkeiten in Form von Prozentwerten beschrieben. Jede dieser Aussagen ist mit einem statistischen Unsicherheitsbereich behaftet. Dieser richtet sich vor allem nach der Stichprobengrösse, bedingt auch nach der Höhe der Prozentzahl, die interessiert. Die statistischen Fehlerquoten für die vorliegende Untersuchung sind in der nachstehenden Tabelle zusammengestellt.

Grafik 2:



Der statistische Fehler bei der gesamten Stichprobengrösse insgesamt beträgt rund +/- 3,2%, bei den TeilnehmerInnen am Urnengang 4 Prozent.

Tabelle 2:
Ausgewählter statistischer Stichprobenfehler nach Stichprobengrösse und Basisverteilung

Stichprobengrösse	Fehlerquote ³	Basisverteilung
	50:50	20:80
N = 1000	3.2%	2.6%
N = 600	4.0%	3.6%
N = 100	10.0%	8.1%

Lesebeispiel: Bei rund 600 Befragten und einem ausgewiesenen Wert von 50 Prozent liegt der effektive Wert zwischen 50 % +/- 4.0 Prozent, bei einem Basiswert von 20 Prozent zwischen 20 % +/- 3,6 %.

Zusammenhänge zwischen zwei Variablen, also beispielsweise zwischen der Stimmabsicht und dem Geschlecht, werden mittels Korrelationen gemessen. Das normalerweise verwendete Mass ist der Koeffizient Cramers V. Der Vorteil dieser Masszahl ist, dass sie unabhängig vom Skalenniveau bei den Indikatoren verwendet werden kann. Damit bestimmen wir die Stärke des Zusammenhangs. Dieser ist umso mehr gegeben, als Cramers V von Null differiert. Davon unterscheiden wir die Frage, ob der in der Befragung gefundene und vermessene Zusammenhang auch auf die Grundgesamtheit verallgemeinert werden darf. Hierfür verwenden wir den üblichen Signifikanztest Chi². Dieser sagt, mit welcher Sicherheit eine Verallgemeinerung auch auf nicht befragte Personen gemacht werden kann. In der Regel verwenden wir ein Sicherheitsmass von 95 Prozent.

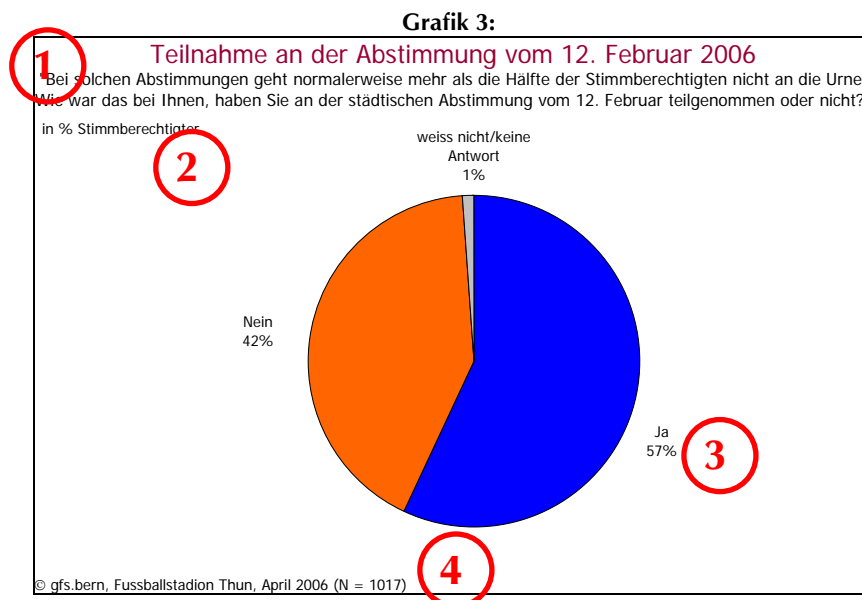
Gilt es, die Zusammenhänge zwischen mehr als zwei Variablen zu bestimmen, kommen multivariate Analysemethoden zum Einsatz. Die Erklärung von Zusammenhängen zwischen mehreren unabhängigen Variablen und einer abhängigen Variable leistet die multivariate Regressionsanalyse. Diese basiert analog zu Korrelationen auf Koeffizienten, die die Stärke des Zusammenhangs bestimmen. Der Unterschied zur Korrelations-

rechnung besteht allerdings darin, dass die Regressionsanalyse nicht nur eine unabhängige Variable ausmisst, sondern eine beliebige Zahl von Variablen mit einbeziehen kann. Dies kommt komplexen Realitäten deutlich näher. Die Regressionsanalyse bestimmt auf diese Weise, welche der unabhängigen Variablen wie stark auf die abhängige Variable wirken, wenn man die Effekte der anderen unabhängigen Variablen mitberücksichtigt. Dabei stellt man auf den Beta-Koeffizienten ab. Zudem gibt es wie bei der Korrelationsrechnung auch Sicherheitsmasse, die angeben, mit welcher Wahrscheinlichkeit ein in der Stichprobe gefundener Zusammenhang auch in der Grundgesamtheit gilt. Konkret handelt es sich auch hier um den Signifikanztest, der analog zur obigen Beschreibung funktioniert.

Eingesetzt wird dieses Verfahren vor allem dort, wo es gilt, die Zusammenhänge zwischen der Beurteilung verschiedener Botschaften einerseits und den Stimmabgaben andererseits zu bestimmen. Dies kann an sich auch mit der Korrelationsrechnung geleistet werden, doch hat diese Form der Analyse den Nachteil, dass man die gleiche Beziehung mit verschiedenen Argumenten immer wieder nachweist. Dies schliesst die Regressionsrechnung aus, denn sie sagt, welches Argument am besten die Stimmabgaben erklärt, welches an zweiter Stelle steht und so weiter.

2.6. Die grafische Aufarbeitung

Alle im Schlussbericht enthaltenen Grafiken liegen dem gleichen Schema zugrunde, das im Folgenden kurz erläutert werden soll:



Im Titel (1) lässt sich sowohl eine schlagwortartige Zusammenfassung der Frage, wie in Anführungszeichen auch der genaue Fragetext ablesen. Der Fragetext selber ist auf hochdeutsch, wird von unseren Interviewern aber auf schweizerdeutsch vorgelesen.

Die Referenzgrösse (2) gibt darüber Aufschluss, auf welche Gruppe sich die Auswertung in der Grafik bezieht. In den meisten Fällen ist dies die Gesamtheit aller Teilnehmenden.

Die Resultate (3) zeigen in grafisch visualisierter Form die Ergebnisse. Je nach angestrebter Aussage visualisieren wir Resultate mittels Kuchen, Balken oder Säulen.

Der Fusszeile (4) entnimmt man sowohl den Zeitraum der Befragung (Juni) wie auch die Anzahl der befragten Personen, die für die Aussage in der Grafik relevant sind (N = 1017).

2.7. Die Berichterstattung

Das Projektteam bestand aus den SpezialistInnen von gfs.bern zu Fragen von Nachanalysen bei Volksabstimmungen:

Leitung:	Urs Bieri, Projektleiter gfs.bern
Stellvertretung:	Claude Longchamp,, Institutsleiter gfs.bern
Datenanalyse:	Stefan Tschöpe, Projektmitarbeiter gfs.bern
Grafik, Desktop:	Silvia Ratelband-Pally, Projektadministratorin gfs.bern.

3. Die Befunde

3.1. Die Übersicht

Der Teil zu den Befunden gliedert sich wie folgt:

Kapitel 3.2.

Die Informiertheit zur Vorlage: In einem ersten Kapitel liefern wir die empirische Vorarbeit zur Beantwortung der Hypothese 2. Basiert der Stimmentscheid auf einem genügenden Wissensstand oder wurde er im Umfeld von Unkenntnis und Überforderung getroffen? sind Fragen die hier beantwortet werden sollen.

Kapitel 3.3.

Die Verhaltensmuster: Das zweite Kapitel soll Einblick darin geben, wie sich das Ja- und Nein-Lager soziodemographisch zusammensetzen. Haben sich Frauen anders verhalten als Männer? Zeigen sich Gräben zwischen Sympathisanten einzelner Parteien? werden hier beantwortet. Hypothese 1 wird hier für eine Beantwortung in der Schlussbilanz vorbereitet.

Kapitel 3.4.

Die Motivation und argumentative Verortung des Stimmentscheids: Natürlich interessiert nicht nur, wer aufgrund welcher Informationsbasis wie gestimmt hat, sondern ebenso, wie dieser Stimmentscheid begründet wird. Ein drittes Kapitel soll diese Frage erschöpfend beantworten. Zudem legen wir hier den Grundstein zur Beantwortung der Hypothese 3.

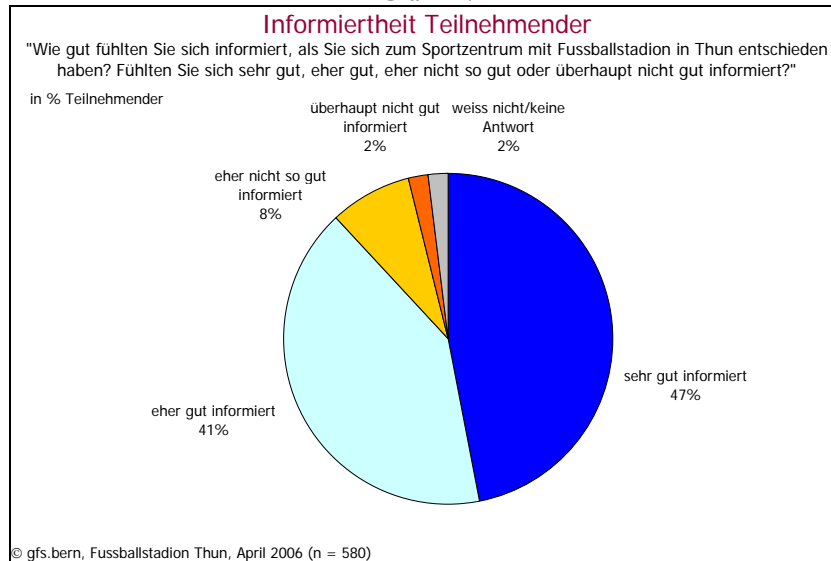
Kapitel 3.5.

Die Alternativen zur abgelehnten Vorlage: Hypothese 4 postuliert, dass gerade eine Ablehnung von Behördenvorlagen meist nicht aufgrund einer Status-Quo-Verhaftung zustande kommt, sondern eher einem Ruf nach Alternativen entspricht. Das fünfte Kapitel soll dies empirisch prüfen und zur Beantwortung in der Schlussbilanz vorbereiten.

3.2. Die Informiertheit zur Vorlage

Die Thuner Stimmberechtigten, welche am Urnengang vom 12.2.2006 teilnahmen, fühlten sich rund um die Vorlage hochgradig informiert:

Grafik 4:



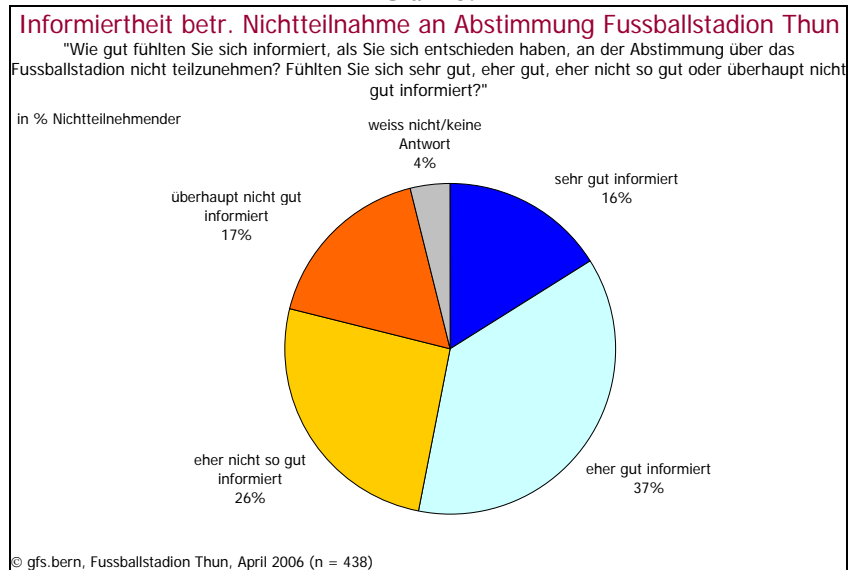
Flächendeckende 88% fühlten sich zum Sportzentrum Thun Süd informiert, rund die Hälfte davon sehr gut. Dies ist für ein politisches Thema generell eine äusserst hohe Informiertheit. Sogar auf nationaler Ebene, wo die mediale Aufmerksamkeit für die durchschnittliche Vorlage erfahrungsgemäss höher ist als auf städtischem Niveau, beobachten wir regelmässig Entscheide an der Urne mit einer nur knappmehrheitlichen, selten sogar mit einer minderheitlichen Informiertheit. Haben wir in Form der Hypothese 2 angeönt, dass eine grosse Informiertheit eher die Zustimmung zu einer Behördenvorlage fördert, scheint sich diese Annahme schon auf den ersten Blick nicht zu bewahrheiten.

Ein Teil dieses hohen Informiertheitsgrades ist erfahrungsgemäss auf die Themenalltäglichkeit zurückzuführen. Die Vorlage sprach ein Alltagsthema an und fand auch entsprechend einen einfachen Zugang in die Lebenswelt der Thuner Stimmberechtigten. Dies alleine vermag aber die Informiertheit in besagter Höhe nicht zu erklären. Erfahrungsgemäss findet sich eine solche Informiertheit nur bei Themen mit hohem Alltagsbezug **und** einem starken Emotionsgrad. In solchen Fällen findet die Vorlage durch ihren Alltagsbezug nicht nur einen einfachen Zugang zu den Stimmberechtigten, sondern wird von denselben auch aktiv nachgefragt. Oder in anderen Worten: Was bewegt, das interessiert.

Es mag unter einer solcherart dezidierten Ausgestaltung auch nicht erstaunen, dass sich innerhalb einzelner Merkmalsgruppen bei der Informiertheit nicht viel ändert. Gerade auch bei den erfahrungsgemäss politisch schlechter informierten UrnengängerInnen mit tiefem Einkommen oder tiefer Bildung finden wir keine unterdurchschnittliche Informiertheit.

Die angesprochene hohe Alltäglichkeit der Vorlage "Sportzentrum Thun Süd" lässt sich zudem sogar bei den Nicht-Teilnehmenden eindrucksvoll nachweisen:

Grafik 5:

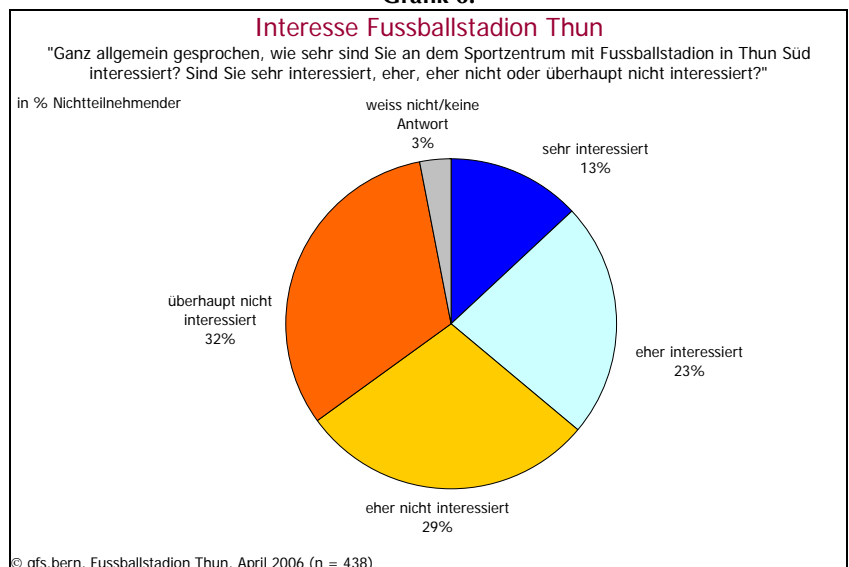


Sogar bei Befragten, welche am Urnengang nicht teilgenommen haben, findet sich eine (wenn auch knapp) mehrheitlich subjektive Themen-Informiertheit. Dies bedeutet nichts anderes, als dass sogar Befragte, welche auf einen Urnengang verzichteten, sich rein von ihrer subjektiv geäusserten Informiertheit, durchaus ein Urteil über das Sportzentrum zugetraut hätten. Oder in anderen Worten: Das subjektive Empfinden, zur Vorlage schlecht informiert zu sein, erklärt weder die Ablehnung noch in einem mehrheitlichen Sinne die Nichtteilnahme.

Im vorliegenden Fall hat diese hohe Informiertheit ein zusätzliches Gewicht. Da wir die Befragung zum Urnengang wenige Monate nach der Abstimmung durchführten, gilt es auch zu beobachten, ob die Thuner Stimmberechtigten in der vergangenen Zeit die Vorlage schon teilweise aus der Erinnerung verloren haben. Dem ist im vorliegenden Fall entschieden nicht so, die Thuner Stimmberechtigten waren am 12.2.2006 hochgradig zur Vorlage informiert, und sie waren es auch 2 Monate später noch.

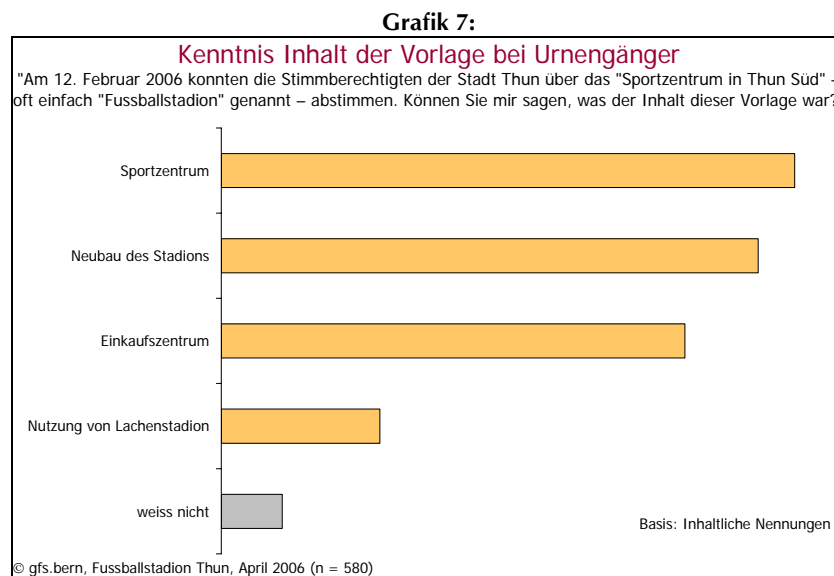
Entsprechend unspektakulär zeigt sich die Erklärung, wieso immerhin 43% aller Thuner Stimmberechtigten auf eine Teilnahme zur Abstimmung Sportzentrum Thun Süd verzichteten:

Grafik 6:



61% aller Nicht-Teilnehmer haben sich für die Vorlage schlicht nicht interessiert, während nur gerade 36% mit Interesse nicht an die Urne gingen. Wenn dies so nicht besonders heraussticht, ist doch der Umkehrschluss durchaus bemerkenswert: Der grösste Teil jener Thuner Stimmberechtigten, welche sich für die Thematik interessiert haben, nahmen am Urnengang auch teil. Die Mobilisierung scheint also, sicherlich als Folge der hohen Alltäglichkeit und postulierten Emotionalität, gut funktioniert zu haben. Die Nicht-UrnengängerInnen verzichteten nicht primär aufgrund von Überforderung auf den Urnengang, sondern aus Desinteresse.

Bezeichnenderweise verorten sich die Thuner Stimmberechtigten nicht nur als hochgradig informiert, sondern können auf entsprechende Nachfrage auch ebenso flächendeckend eine Vorstellung über den Inhalt der Vorlage wiedergeben:



Nur gerade 5% aller befragten UrnengängerInnen haben über zwei Monate nach dem Urnengang keine Vorstellung mehr zum Inhalt der Vorlage. Diese weitgehende Erinnerung ist auch im Vergleich mit anderen Urnengängen höchst bemerkenswert. So fanden wir beispielsweise bei der Abstimmung zur UNO-Initiative, welche auf einen hochemotionalen Abstimmungskampf und eine breite und langfristige Medienkampagne folgte, schon eine Woche nach der Abstimmung 19% aller UrnengängerInnen, welche die UNO-Vorlage inhaltlich nicht mehr benennen konnten.

Allerdings muss der Enthusiasmus über eine weitestgehende Bekanntheit auch gleich relativiert werden. Spontan äussert nämlich niemand den Inhalt der Vorlage in seiner Gesamtheit (also die Kombination aus Neubau, Landtausch, Landverkauf, Umgestaltung Lachen, Einkaufszentrum und Verteilung der Restkosten auf Stadt, FC Thun und Private). In zentraler Weise erinnert man sich daran, dass in Thun Süd ein Stadion-Neubau geplant war und an zweiter Stelle an die damit verbundene Mantelnutzung. Die Umnutzung des alten Stadion-Standortes wird erkennbar weniger genannt, der Landtausch sogar nur marginal. Eine solche Vereinfachung der Vorlage auf wenige (zwei) Einzelelemente beobachten wir gerade bei emotionalen Vorlagen oft. Die Vorlage wird vom Inhalt her auf dasjenige reduziert, was bewegt: In unserem Fall den Neubau und die Mantelnutzung.

3.2.1. Zwischenbilanz

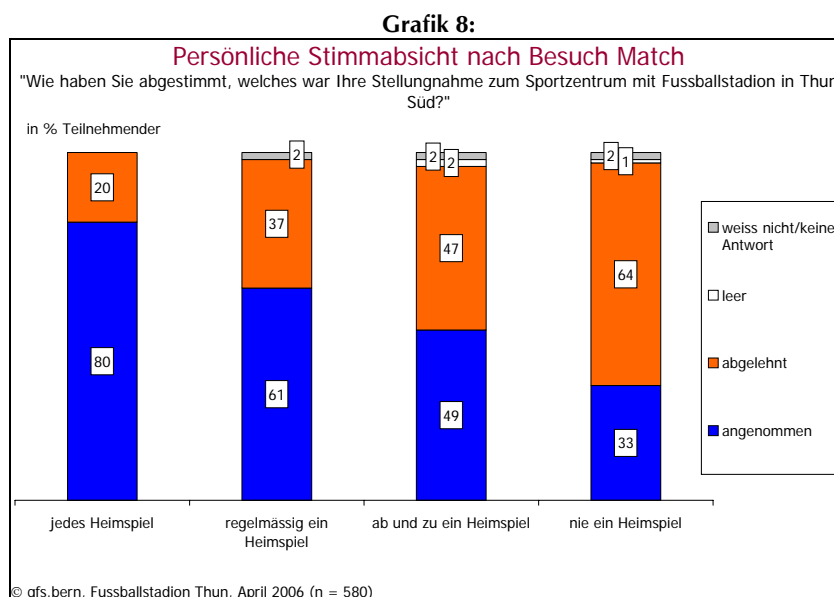
Die Thuner Stimmberechtigten fühlten sich zur Vorlage Sportzentrum Thun Süd hochgradig informiert. Diese Aussage stimmt so nicht nur für diejenigen ThunerInnen, welche dann auch an einem Urnengang teilnahmen, sondern gleichermassen (wenn auch in abgeschwächter Form) auch für die Nicht-Teilnehmenden. Fragen wir aber die Teilnehmenden vertieft nach dem genauen Inhalt der Vorlage in seiner Gesamtheit (also die Kombination aus Neubau, Landtausch, Landverkauf, Umgestaltung Lachen, Einkaufszentrum und Verteilung der Restkosten auf Stadt, FC Thun und Private) wird schnell offensichtlich, dass die individuelle Informiertheit zwar subjektiv gross eingestuft wird, bei der Vorlage aber einzelne Elemente deutlich in der Vordergrund gestellt und andere gar nicht reflektiert werden. Hohe subjektive Informiertheit bedeutet also nicht vollständige objektive Informiertheit.

All dies sind erfahrungsgemäss Folgen einer gleichzeitig alltäglichen und emotional besetzten politischen Vorlage. Alltäglichkeit bestimmt dabei gewichtig die überdurchschnittlich hohe Informiertheit, Emotionalität in einer Meinungsfindung fördert die Zuspitzung auf einige wenige und umstrittene Elemente und den freizügigen Umgang mit der dahinter stehenden Gesamtkomplexität.

Überforderung durch die Vorlage konnten wir keine feststellen.

3.3. Das Verhaltensmuster

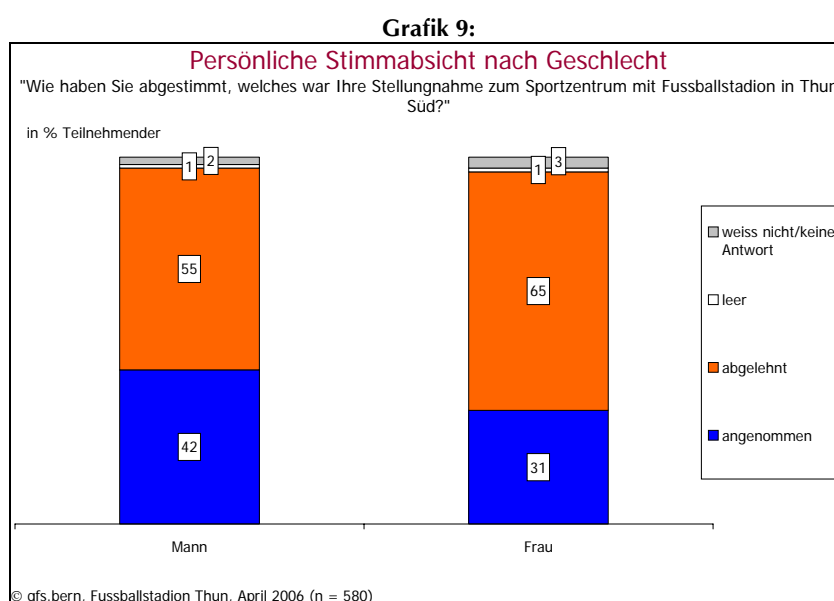
Auch wenn die Vorlage klar abgelehnt wurde, teilen nicht alle soziodemographischen Merkmalsgruppen den getroffenen Entscheid gleichermassen. Bei unseren Analysen stehen zwei soziodemographische Unterscheidungsmerkmale besonders hervor:



Den deutlichsten Unterschied erkennen wir entlang des individuellen Verhaltens rund um Fussball. Wer sich gegenüber dem FC Thun stark verbunden fühlt, und dies auch mit einer uneingeschränkten Teilnahme an den Heimspielen des Fussballclubs zum Ausdruck bringt, stimmen der Vorlage mit 80% fast vollständig zu. Eine zustimmende

Mehrheit, wenn auch auf erkennbar tieferem Niveau, finden wir auch bei UrnengängerInnen, welche zumindest regelmässig ein Heimspiel besuchen. Der Bruch stellt sich bei Befragten mit unregelmässigen Matchbesuchen ein, welche nur noch 49% Zustimmung zu Papier geben und endet bei 64% Ablehnung unter UrnengängerInnen, welche nie an Heimspiele des FC Thun gehen. Halten wir zudem fest, dass nur gerade 20% aller Thuner UrnengängerInnen mehr oder weniger regelmässig ein Heimspiel des FC Thun besuchen, wird schnell klar, dass der überdurchschnittliche Support für die Vorlage von Fans des FC Thuns deutlich zu wenig Gewicht für einen umgekehrten Stimmengang aufbringen konnte. Nichts desto trotz: Hätten am 12.2.2006 die Anhänger des FC Thun alleine entschieden, wäre das neue Sportzentrum beschlossene Sache.

Ohne die Mehrheiten im Stimmentscheid anders zu verteilen, finden wir auch kleine Unterschiede entlang des Geschlechts:



So äussern Teilnehmende männlichen Geschlechts gegenüber Frauen eine leicht höhere Zustimmung zum neuen Sportzentrum. Allerdings zeigen sich auch Männer mehrheitlich ablehnend disponiert. Allerdings ist dieser Unterschied nur auf den ersten Blick eine Folge unterschiedlichen Geschlechts. Männer zeichnen sich nämlich neben der leicht verstärkten Zustimmung auch durch einen erheblich grösseren Willen, Heimspiele des FC Thuns zu besuchen, aus. Der Verdacht liegt somit nahe, dass diese leicht unterschiedliche Stimmabgabe nicht aufgrund des Geschlechts, sondern aufgrund eines unterschiedlichen Verhältnisses zum FC Thun zustande kommt. Männer interessieren sich vermehrt für den FC Thun und stimmten daher leicht verstärkt für das neue Sportzentrum.

Interessanterweise sind dies die einzigen statistisch signifikanten Unterschiede entlang soziodemographischer Merkmalsgruppen. Dies gilt explizit auch für Befragte mit unterschiedlicher Parteiaffinität. Offensichtlich entschied nicht die Parteizugehörigkeit in erkennbarem Ausmasse über das Stimmresultat. Der mehrheitlich getroffene Entscheid der Parteien im Stadtrat wurde zwar von ihren Parteisymphisanten mehrheitlich nicht getragen, allerdings ist dieses Phänomen bei jeder untersuchten Partei gleichermassen beobachtbar und gleichermassen akut.

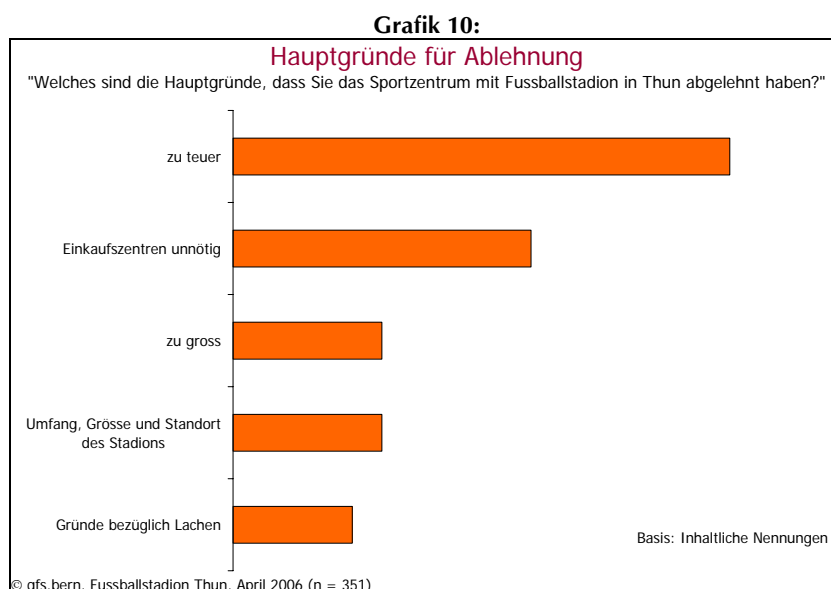
3.3.1. Zwischenbilanz

Die Vorlage wurde nicht nur aufgrund eines flächendeckenden Informationsstandes mit einer klaren Mehrheit abgelehnt, die Ablehnung zieht sich dabei auch durch fast alle soziodemographischen Unterscheidungsmerkmale. Einzig entlang der Affinität zum FC Thun finden wir einen erkennbaren Unterschied im Stimmverhalten. So stimmten regelmässige Zuschauer von FC Thun-Heimspielen der Vorlage mehrheitlich zu, während unregelmässig Teilnehmende und verstärkt auch UrnengängerInnen ohne Bezug zum FC Thun das neue Sportzentrum mehrheitlich ablehnten.

Die Ablehnung unterscheidet dabei explizit auch nicht entlang der eigenen politischen Verortung. So finden wir bei keinen Parteisympathisanten, gleich welcher Couleur, eine statistisch signifikante Zustimmung.

3.4. Die Motivation und argumentative Verortung des Stimmenscheids

Wir konnten schon aufgrund der inhaltlichen Verortung der Vorlage vom 12.2.2006 aufzeigen – auch wenn die Befragten subjektiv fast flächendeckend informiert waren, erweist sich der Inhalt dieser Informiertheit bei näherem Betrachten als einseitig auf die Elemente Neubau/Sportzentrum und Mantelnutzung beschränkt. Es mag unter einer solchen Inhaltsgebung der Thuner UrnengängerInnen auch nicht erstaunen, dass die Motivation für einen negativen/ablehnenden Stimmenscheid sich auf vergleichbar wenige Elemente stützt:



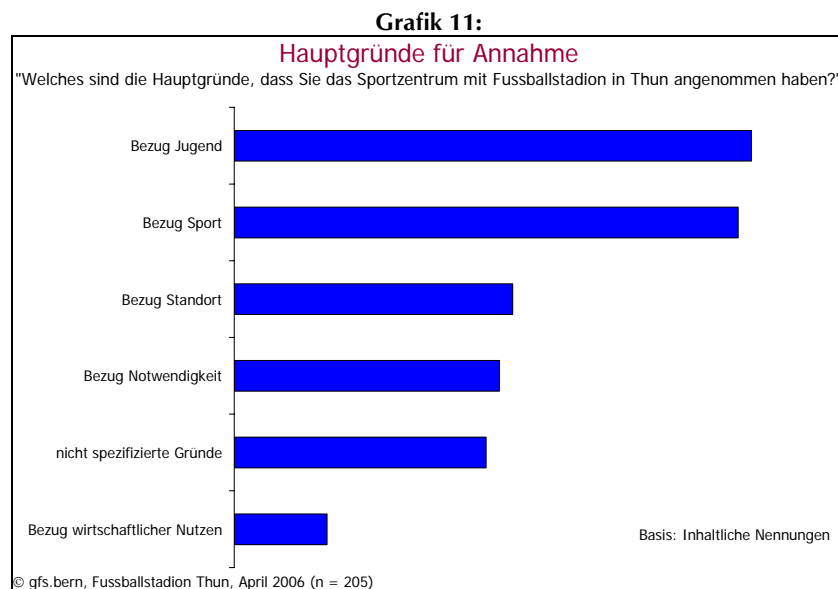
Als Stimm motivation spontan geäussert werden an erster Stelle finanzielle Gründe. Das Projekt galt für eine gewichtige Gruppe schlicht als zu teuer. Diese Motivation ist umso bemerkenswerter, als dass das komplexe Verfahren des Landtausches und der Mischfinanzierung als Inhaltselement nur marginal geäussert werden. Die Befragten wurden in ihrem Stimmenscheid offensichtlich in dominanter Weise durch die Kosten motiviert, ohne die komplexe Kostenverteilung im Detail zu antizipieren. Allerdings muss hier auch eine Relativierung angebracht werden: Wir beobachten seit rund zwei Jahren in allen Vorlagen mit Kostenfolgen einen gewichtigen Anteil an Ablehnenden, welche die

Vorlage zu teuer finden. Eine solche Motivation entspricht also durchaus auch einem vorlageunabhängigen Zeitgeist.

Als gewichtiges zweites Motiv erkennen wir die Verbindung zur geplanten Mantelnutzung. Eine gewichtige Gruppe entschied sich auch aufgrund des geplanten Einkaufszentrums gegen die Vorlage. Auch wenn ein solches Motiv gegen die Vorlage gegenüber dem Kostenelement erkennbar weniger geäußert wird, ist es keineswegs unwesentlich. Neben dem Preis lieferte offensichtlich auch die Mantelnutzung ein Motiv, gegen das geplante Sportzentrum einzutreten.

Andere Motive schwingen dieser spontanen Messung nur marginal mit. Namentlich spielte der alte Standort Lachen in wie auch immer gearteter Form der (Um-)Nutzung als Motiv für den Entscheid höchstens eine marginale Rolle.

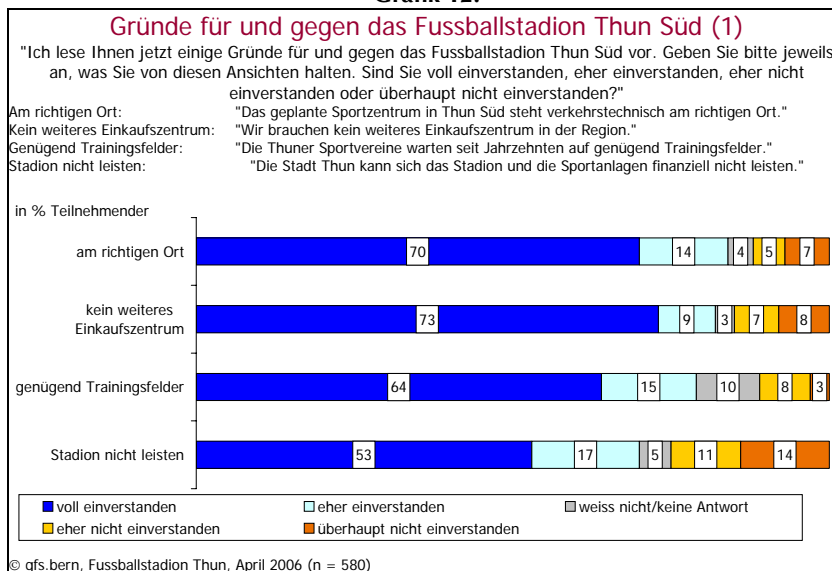
Bezeichnenderweise führte die Mantelnutzung nicht nur zu Ablehnung des Sportzentrums, es gelang ihr auch nicht, sich bei den Befürwortern als positives Motiv zu platzieren:



Als mit Abstand wichtigstes Motiv betonen BefürworterInnen den Sport (mit und ohne Bezug auf Jugendliche), während schon der gewählte Standort erkennbar weniger als Motiv für eine Zustimmung geäußert wird. Positive wirtschaftliche Effekte oder Vorteile aus Konsumentensicht in Bezug auf das geplante Einkaufszentrum werden nämlich nur am Rande geäußert. Bezeichnenderweise werden zudem Kosten unter den BefürworterInnen faktisch nicht angesprochen: Gerade mal zwei Befragte motivierten ihren Stimmentscheid anhand eines stimmigen Kosten-Nutzen-Verhältnisses. Diese fehlende Motivation Richtung Zustimmung aufgrund einer positiven Einstellung zur Mantelnutzung oder dem Gefühl, durch die Vorlage mit einem idealen Kosten-Nutzenverhältnis konfrontiert zu sein, ist keineswegs unproblematisch. Während auf der Gegenseite die Vorlage nämlich als zu teuer und wegen der Mantelnutzung umstritten gilt, gibt es auf der Befürworterseite offensichtlich nur sehr wenige, welche die Vorlage gerade wegen der Mantelnutzung oder des Preis-Leistungsverhältnisses angenommen haben. Oder in anderen Worten: die beiden meistgeteilten kritischen Motive scheinen auch auf Befürworterseite nicht grosse Enthusiasmusstürme auszulösen.

Die Stimm Motivation ist allerdings nur eine mögliche Annäherung an die Begründung der eigenen Stimmabgabe. Ebenso wichtig sind, gerade während des Abstimmungskampfes, die von der Pro- und Contra-Seite eingesetzten Argumente. Dabei finden wir vier verschiedene Argumentationsströme, welche ohne grosse Störgeräusche geteilt werden:

Grafik 12:

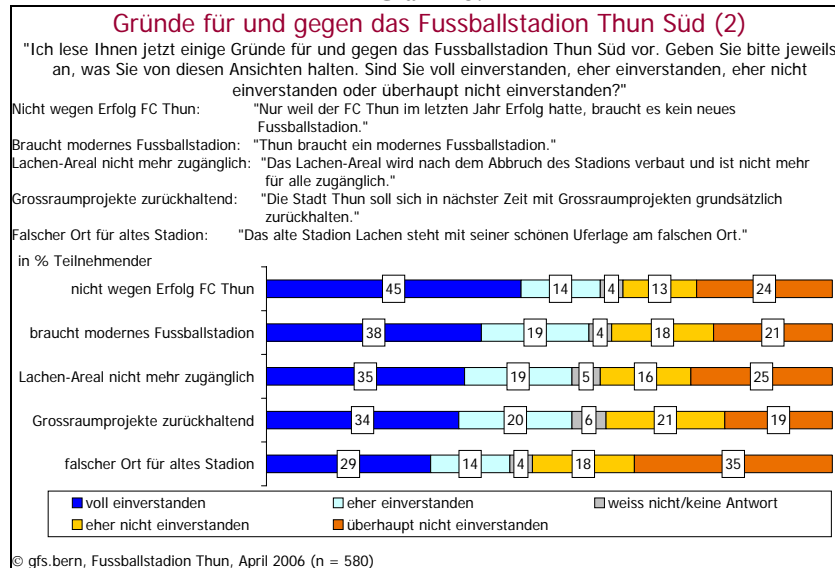


Dabei finden wir auch auf der Argumentenseite eine ähnliche Konfliktlinie wie schon bei den Stimm Motiven. Klare Mehrheiten sprechen sich bei einer solchen Messung auf der einen Seite gegen ein weiteres Einkaufszentrum aus und betonen die zu hohe finanzielle Belastung, während auf der anderen Seite ebensolche Mehrheiten das Stadion verkehrstechnisch am richtigen Ort sehen und mit dem Wunsch nach mehr Trainingsfeldern versetzen. Interessanterweise haben die beiden Argumente gegen ein Fussballstadion Thun Süd eine Zustimmungshöhe, welche erkennbar über die geäusserte Ablehnung am Urnengang hinausgeht. Es scheint in beiden Punkten also Thuner Stimmberechtigten zu geben, die für die Vorlage stimmten, obwohl sie das Stadion zu teuer fanden und das Einkaufszentrum ihrer Ansicht nach unnötig war. Auf der anderen Seite finden wir die Einschätzung, dass der Standort richtig gewählt und mehr Trainingsfelder unabdingbar sind, auch unter den GegnerInnen. Oder in anderen Worten: Sowohl der Standort, wie auch die Notwendigkeit neuer Trainingsplätze war unter den Thuner Stimmberechtigten unumstritten, allerdings ebenso auch der zu hohe Preis und die Kritik am Einkaufszentrum.

Auf der Ebene einzelner Merkmalsgruppen finden wir rund um diese Argumente nur marginale und nie richtungswechselnde Unterschiede, was bei der mehr oder weniger vollständigen Zustimmung auch nicht weiter überraschen mag.

Deutlich umstrittener sind unter den Thuner UrnengängerInnen alle anderen Argumente:

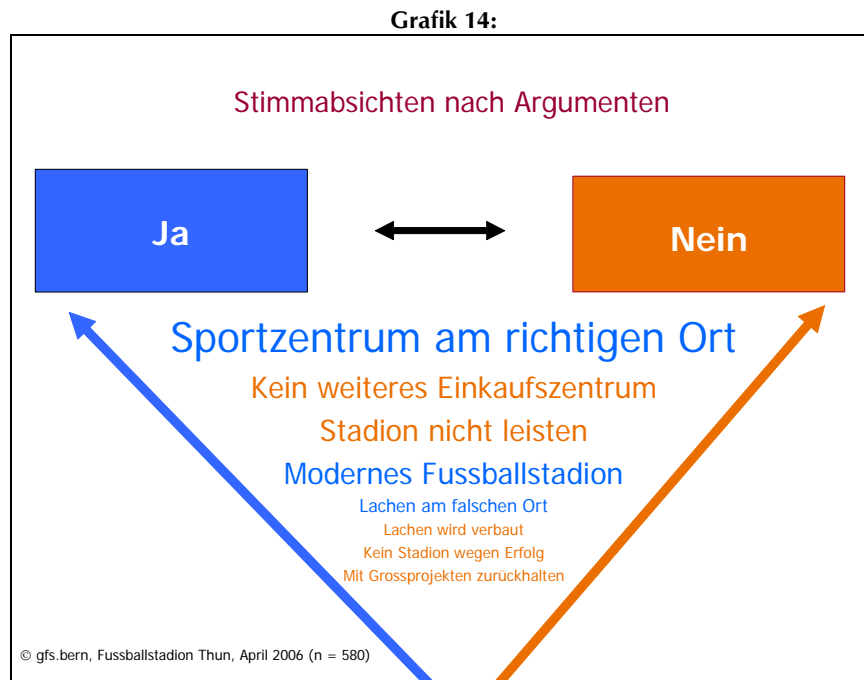
Grafik 13:



So halten zwar mehrheitliche 59% fest, dass der potenziell kurzweilige Erfolg des FC Thuns den Baus eines neuen Stadions nicht rechtfertigt, was auf der anderen Seite aber von gewichtigen 37% in dieser Form nicht so stehengelassen wird. Ähnlich geht es auch dem Argument, dass Thun auf ein modernes Stadion angewiesen ist. Auch hier finden wir eine knappmehrheitliche Zustimmung und eine gewichtige Gegnerschaft einer solchen Aussage fest. Mit 54% nur noch sehr knapp mehrheitlich wird auch betont, dass durch die geplante Verbauung das Lachenareal nicht mehr für alle zugänglich wird, oder dass die Stadt Thun in nächster Zeit mit Grossraumprojekten zurückhaltend sein soll. Bei beiden Argumenten finden wir auf der anderen Seite eine Ablehnung rund um 40%. Nicht als Argument für das neue Stadion gezündet, hat schlussendlich die Ansicht, dass das alte Stadion Lachen eigentlich am falschen Ort steht. Dies sehen mehrheitliche 53% aller UrnengängerInnen nicht so, wenn auch hier mit 44% Zustimmung eine klare Polarisierung vorherrscht.

Die argumentative Verortung des Stimmenscheides vom 12.2.2006 gibt auf einen solchen ersten Blick zwar Erkenntnisse, ist dabei aber auch erkennbar rätselhaft. Wir haben zwar vier Argumente herausgearbeitet, welche mehrheitlich geteilt werden. Rund um die Platzwahl und den Wunsch nach mehr Trainingsfeldern auf der Befürworterseite und der Kritik zur Mantelnutzung und der Kostenfrage auf der Kritikerseite findet sich grossmehrheitliche Zustimmung und nur marginale Ablehnung. Allerdings stellt sich die erste Unsicherheit auch gerade in der geäusserten Zustimmung zu diesen Argumenten. Sie geht nämlich deutlich über das Befürworterlager, resp. das Gegnerlager des Urnenganges hinaus. Zudem finden wir 5 argumentative Nebengeleise, welche zwar hochgradig polarisieren, dabei aber auch gewichtige Gruppen hinter sich scharen können. Wir stossen dabei bei allen Einschätzungen schlussendlich immer auf dasselbe Problem: Wir erkennen anhand einer solchen ersten Annäherung an die Argumentationslinien nichts über die Wichtigkeit in Bezug auf den Stimmenscheid. Das Problem lässt sich am besten anhand eines Beispiels verdeutlichen: Die Ansicht, dass Autos mit zur Luftverschmutzung beitragen, wird in der Schweizer Bevölkerung grossflächig so geäussert. Eine Forderung zur Abschaffung des Individualverkehrs würde aber höchstens auf die Zustimmung von Kleinstgruppen treffen. Die Tatsache der Luftverschmutzung als Argument gegen Autos wird also breit geteilt, offenbar aber nicht in ein entsprechendes Votum gegen Autos umgemünzt. Aufgrund der hohen Zustimmung – sowohl zu den befürwortenden wie auch den ablehnenden Argumentationslinien – zeichnet sich schon

ab, dass wirksamere und unwirksamere Zusammenhänge auch rund um das hier ausgetestete Argumentarium zu finden sein werden:



Die eingesetzte Methode der linearen Regression beschreibt die Grösse des Einflusses von unabhängigen Variablen auf eine abhängige Variable. In unserem Beispiel beschreiben wir die Grösse des Einflusses von Argumenten auf die abgegebene Stimme. In der Grafik erscheinen die Argumente dabei in verschiedenen Grössen: Je grösser ein Argument dargestellt ist, desto wichtiger ist sein Einfluss auf die Stimmabgabe. Die Farbe beschreibt die Stossrichtung der Wirkung. Blau eingefärbte Argumente wirken auf die Zustimmung, während rote auf die Ablehnung wirken.

Dabei wird offensichtlich, dass die beiden Hauptmotive und –argumente, Preis und Einkaufszentrum, nicht nur breit geäussert und geteilt werden, sondern auch für den Stimmentscheid äusserst wirkungsvoll waren. Wer einem der beiden Elemente zustimmte, legte überdurchschnittlich oft ein Nein in die Urne. Auf der Pro-Seite finden wir mit einer ähnlichen Wirksamkeit die ideale Standortwahl und den Wunsch nach einem modernen Fussballstadion.

Alle anderen Argumente beeinflussten den Stimmentscheid deutlich weniger. Dies trifft explizit auch auf die öffentlich öfters portierte Ansicht, dass der kurzfristige Erfolg des FC Thuns keineswegs eine neues Stadion rechtfertigt zu, wie auch auf das Argument, dass Thun mit Grossprojekten grundsätzlich zurückhaltend sein soll. Interessanterweise ist auch der mehrheitlich geäusserte Wunsch nach mehr Trainingsplätzen ohne Wirkung auf den Stimmentscheid. Die sportliche Seite, welche noch bei der Stimmmotivation auffiel, scheint auf den zweiten Blick den Urnengang nicht in dominanter Weise mitzubestimmen.

3.4.1. Zwischenbilanz

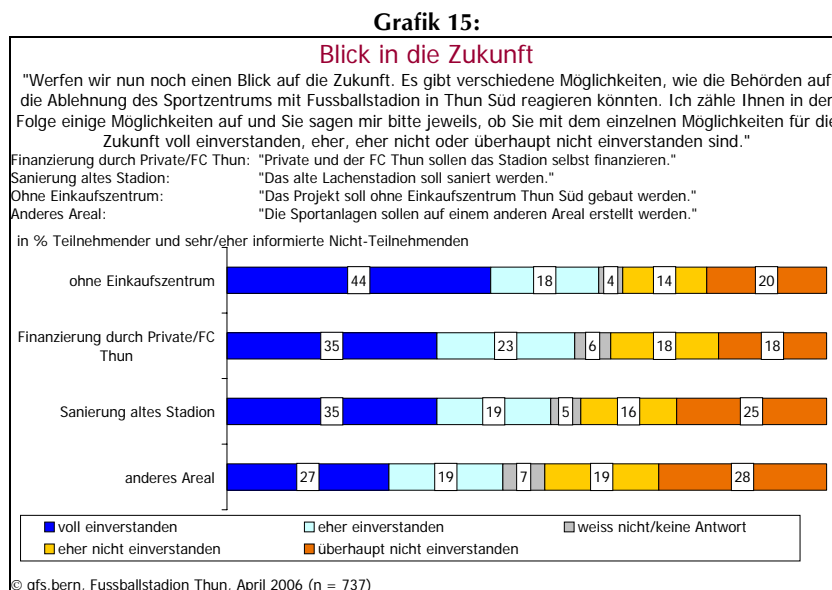
Zu teuer und mit der Mantelnutzung entgegen den mehrheitlichen Wünschen positioniert – dies sind in hochkonzentrierter Form die beiden zentralen Elemente, welche zur Ablehnung der Vorlage geführt haben. Die so erwachsene Kritik, wurde durch die befürwortenden Elemente rund um eine ideale Platzwahl und den Wunsch nach einem modernen Stadion nicht genügend aufgewogen.

Die Mantelnutzung und die hohen Kosten entfalteten ihre grosse Wirkung nicht zuletzt deshalb, weil beide Punkte weit über die genuine Gegnerschaft der Vorlage unumstritten waren. Auch im Lager der Befürworter werden beide Argumente mehrheitlich geteilt. Offensichtlich ist es der Befürworterschaft nicht einmal unter ihren Sympathisanten gelungen, diese beiden Punkte zu entkräften.

Daneben soll auch dezidiert erwähnt werden, was das Nein zum Sportzentrum aus argumentativer Sicht nicht bedeutet: Es ist nur am Rande ein generelles Veto gegen Grossprojekte an sich und es widerspiegelt nur marginal die Angst, dass der allfällig kurzfristige Erfolg des FC Thuns Investitionen in der vorgelegten Grössenordnung nicht rechtfertigt. Beide Ansichten werden zwar (knapp-)mehrheitlich geteilt, beeinflussten den Stimmenscheid aufgrund unserer Analyse nur schwach.

3.5. Der Blick in die Zukunft

Unter der spürbaren Unlust der Gegnerschaft an einem Einkaufszentrum und am hohen Preis erstaunt es auch nicht, welche Alternativen für die abgelehnte Vorlage Mehrheiten hinter sich scharen können:



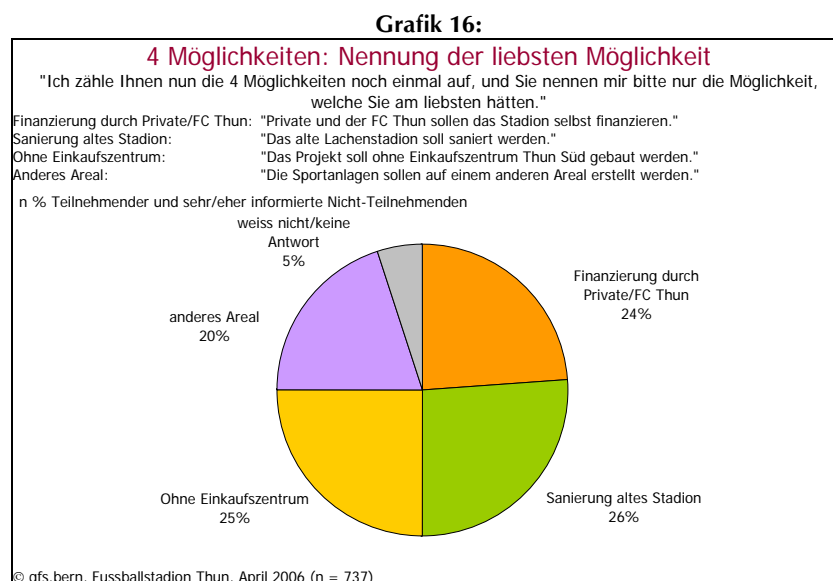
Mehrheitliche 62% aller Befragten können sich eine Neuauflage ohne Einkaufszentrum vorstellen, was nur von minderheitlichen 34% bestritten wird. Ähnlich mehrheitlich wird auch ein Finanzierungsmodell ohne öffentliche Gelder angedacht, während knapp mehrheitlich an dritter Stelle auch eine Sanierung des alten Stadions Zustimmung findet. Allerdings ist bei letzterem der Widerstand mit 41% erheblich. Eine Polarisierung ohne klaren Mehrheitsbezug löst die Forderung aus, für das Projekt einen anderen Standort zu suchen. Da wir schon vorgängig festgehalten haben, dass ein falscher Standort nicht die Entscheidung gegeben hat, erstaunen die fehlenden Mehrheiten an diesem Punkt auch nicht weiter.

Bemerkenswert ist eine Differenzierung der drei mehrheitlichen Alternativen entlang der Zustimmung/Ablehnung zum abgelehnten Projekt. Dabei fällt auf, dass eine Alternative ohne Einkaufszentrum in beiden Lagern gleichermassen auf Zustimmung stösst,

während eine privatwirtschaftliche Finanzierung und die Sanierung des alten Stadions nur bei den GegnerInnen der aktuellen Vorlage auf eine mehrheitliche Zustimmung zählen kann (dort allerdings auf überdurchschnittliche). Eine Version ohne Einkaufszentrum scheint als die aktuell zerstrittenen Lagern hin zu einem neuen Urnengang am besten zu einigen. Gerade die auf den ersten Blick meistgeteilte Neuaufgabe ohne Einkaufszentrum als Hauptbestandteil der Mantelnutzung ist allerdings auf den zweiten Blick nicht unproblematisch. Wir erkennen zwei Gründe, wieso eine solche Lösung auf ihrem Weg hin zu einer abstimmungsreifen Vorlage noch gewichtige Hürden zu nehmen hat:

Die erste Hürde entnehmen wir der Behörden-Argumentation zur abgelehnten Vorlage. Danach ermöglicht erst eine Mantelnutzung und die damit verbundenen Finanzströme eines privaten Investors, das Projekt überhaupt in eine von der Stadt Thun finanzierbaren Rahmen zu passen. Ohne diese Mantelnutzung wird das Finden einer privaten Geldquelle in genügender Grösse sicherlich schwerer. Unabhängig von der Frage, ob die öffentlich Hand das neue Sportzentrum überhaupt alleine finanzieren kann, finden wir schon jetzt Anzeichen dafür, dass es die damit angedachten Mehrausgaben bei der öffentlichen Hand unter den Thuner Stimmberechtigten sehr schwer haben werden, konnten wir doch die generelle Wichtigkeit des Kostenelements mehrfach festhalten.

Eine zweite Hürde ergibt sich, wenn wir die Auswahl der Befragten einschränken. In einer Nachfrage müssen sich unsere Befragten zwischen den vier vorgeschlagenen Varianten entscheiden, und die meistpräferierte angeben:



Dabei wird offensichtlich, dass der Verzicht eines Einkaufszentrums zwar breit geteilt wird, dabei aber keineswegs schon jetzt mehrheitlich als die beste Alternative angesehen wird. Wir finden ziemlich gleichverteilt zu allen vorgeschlagenen Alternativen Befragte mit einer entsprechenden Präferenz. Dieses minderheitliche Hervorheben aller vier Varianten ist zu diesem frühen Zeitpunkt allerdings auch nicht aussergewöhnlich. Wenn sich die Thuner Stimmberechtigten mit einigen oder einzelnen Alternativen in Form von Öffentlichkeitsarbeit oder später sogar Abstimmungskampagnen auseinandersetzen werden, werden auch die Meinungen und Zustimmungen eine Zuspitzung erfahren. An dieser Stelle relevant ist allerdings der Umkehrschluss dieser allfälligen dieser

zukünftig stattfindenden Meinungsuspitzung: Zum jetzigen Zeitpunkt gibt es eine solche entschieden nicht, oder in anderen Worten: Aus Sicht der themeninteressierten Stimmberechtigten gibt es DIE ideale und vor allem unumstrittene Alternative zur abgelehnten Vorlage zum heutigen Zeitpunkt nicht.

3.5.1. Zwischenbilanz

Die Thuner Stimmberechtigten, sofern sie überhaupt ein thematisches Interesse haben, äussern mehrheitliche Zustimmung zu einer Alternative ohne Einkaufszentrum, einer rein privaten Finanzierung und einer Sanierung des alten Stadion Lachen. Zwischen Befürworter und Gegner der abgelehnten Vorlage gleichermassen geteilt ist allerdings nur der Wunsch nach einer Version ohne Einkaufszentrum, während die beiden Letzteren nur bei der Gegnerschaft vom 12.2.2006 mehrheitliche Zustimmung geniessen. Oder in anderen Worten: Nur der Vorschlag ohne Einkaufszentrum vermag gegenwärtig die Fronten zwischen ehemaligen Gegnern und Befürwortern aufzuweichen und die beiden Lager zu einigen. Allerdings setzen wir auch gegenüber einer Alternative ohne Einkaufszentrum Fragezeichen: Einerseits wird es gerade für die Stimmberechtigten schwierig, die durch den Wegfall der Mantelnutzung höheren Kosten für die Stadt dann auch zu akzeptieren – der Ruf "zu teuer" war schon bei der deutlich billigeren Version mit Mantelnutzung laut hörbar. Andererseits ist der Vorschlag ohne Einkaufszentrum zwar breit geteilt, drängt sich dabei aber keineswegs schon jetzt als DER Vorschlag hervor. Trotz der weitgehenden Zustimmung sehen die Thuner Stimmberechtigten in ihm eine interessante Alternative unter drei anderen. Zumindest aus Sicht der Stimmberechtigten scheint es zum jetzigen Zeitpunkt schwierig, sich sofort auf eine der möglichen Alternativen einzustimmen.

4. Schlussbilanz

4.1. Der Rückblick

Eingangs zogen wir für ein erstes theoretisches Verständnis dazu, aufgrund welches Hintergrunds wer welche Stimmabgabe getätigt hat. Wir konnten an einigen Stellen schon während der Analyse feststellen, dass sich nicht alle Hypothesen zur Erklärung gleichermaßen eignen. In der Folge lassen wir die Hypothesen einzeln Revue passieren und entscheiden über Ihre Sinnhaftigkeit in Bezug auf die Abstimmung vom 12.2.2006 zum Sportzentrum "Thun Süd".

1. Arbeitshypothese

Entscheidungen zu Behördenvorlagen werden um so eher geteilt, als die Regierungsparteien die Behördenposition teilen. Zustimmung ist insbesondere bei Personen zu erwarten, die sich mit Regierungsparteien identifizieren, die für eine Behördenvorlage sind.

Auch wenn sich in verschiedenen Beratungen punktueller bis genereller Widerstand gegen die Vorlage zeigte, haben sich sowohl der Gemeinderat wie auch der Stadtrat mehrheitlich für die Vorlage ausgesprochen. Diese Zustimmung zog sich auch durch alle Parteien im Gemeinderat. Damit wäre nach Hypothese 1 eine ideale Voraussetzung für eine Zustimmung an der Urne gegeben. Die deutliche Ablehnung an der Urne zeigt auf, dass dem entschieden nicht so war. Betrachten wir einzelne Parteisymphathien, zeigt sich, dass sich dieser fehlende Rückhalt durch alle Parteien zog.

Damit zeigt sich schon ein erster Grund für das Scheitern der Vorlage: Der parlamentarische Entschluss spiegelte keineswegs abschliessend die Meinungsbildung unter den Thuner Stimmenden.

2. Arbeitshypothese

Entscheidungen zu Behördenvorlagen werden um so eher geteilt, als eine Vertrautheit der BürgerInnen mit den Forderungen der Behörden besteht. Zustimmung ist insbesondere bei Personen zu erwarten, die sich informiert resp. nicht überfordert fühlen.

Wir haben für die Abstimmung zum Sportzentrum Thun Süd eine ausserordentlich hohe Informiertheit festgestellt. Das Thema ist offensichtlich ein Alltagsthema, die Vorlage findet entsprechend schnell und breit Zugang zu den Teilnehmenden und sogar den Nicht-Teilnehmenden. Die Vertrautheit der Thuner Stimmberechtigten mit der Vorlage war also gegeben, eine Überforderung auf der Gegenseite sicherlich nicht. Allerdings gilt auch hier der gleiche Schluss, den wir schon bei Hypothese 1 trafen: Trotz der hohen Vertrautheit mit der Forderung der Thuner Behörden wurde die Vorlage bekann-

terweise abgelehnt. Die Ursache lässt sich hier in der hohen Alltäglichkeit finden: Die Befragten verorten Fussball so stark in ihrem Alltag, dass sie sich ein Urteil auch aus diesem Alltag heraus abschliessend zutrauen. Abschliessend bedeutet in diesem Zusammenhang aber auch, dass sie weniger auf eine beratende Interpretation seitens einzelnen Kampagnenführer (und damit auch der Behörden) angewiesen sind, und entsprechend ein Urteil auch problemlos gegen die behördliche Meinung treffen konnten.

Ein zweiter Grund für das Scheitern findet sich also gerade wegen der hohen Vertrautheit mit der Vorlage. Die Thuner Stimmberechtigten wurden mit dem Entscheid an der Urne offensichtlich so direkt auf einen Alltagsgegenstand angesprochen, dass die normalerweise wichtige Beratungsfunktion der Behörden im individuellen Stimmentscheid nur schwach befruchtend mitschwang.

3. Arbeitshypothese

Entscheidungen über Behördenvorlagen werden um so eher geteilt, als die Behörden vorlagenspezifische Botschaften entwickeln resp. sich auf Selbstverständnisse und Interessen stützen können, die mehrheitlich geteilt und entscheidungsrelevant in die Meinungsbildung eingebracht werden können.

Es mag unter solchen Voraussetzungen auch nicht erstaunen, dass es den Behörden nur schwer gelang, mehrheitlich geteilte vorlagenspezifische Botschaften zu entwickeln und publik zu machen. Die Vorlage scheiterte argumentativ am Einkaufszentrum, sprich der geplanten Mantelnutzung und den Kosten. Beide Argumente ziehen sich in der Zustimmung weit in die Befürworterschaft vom 12.2.2006 hinein, was ihr Gewicht eindrucksvoll aufzeigt. Gerade bei der Kostenfrage ist dies durchaus bemerkenswert: Offensichtlich gelang es den Befürwortern nicht, den gewählten Kostenverteilschlüssel breit zu kommunizieren - nicht einmal gegenüber UrnengängerInnen, welche am 12.2. einer Zustimmung Ausdruck verliehen. Die Befürworter-Argumente mit spürbarer und mehrheitlicher Zustimmung finden wir nur gerade rund um die Ansicht, dass das geplante Sportzentrum am richtigen Ort steht und ein modernes Stadion für Thun wichtig ist. Zwar mehrheitlich geteilt, aber ohne Wirkung auf den Stimmentscheid wird auch die Ansicht, dass es in Thun zu wenige Trainingsplätze gibt. Das sehen zwar (fast) alle Thuner Stimmberechtigten auch so, verbanden den Entscheid zum Sportzentrum allerdings dann nicht damit.

Den dritten Grund für die abgelehnte Vorlage finden wir entsprechend auf der Argumentenebene. Die Gegnerschaft hatte mit dem Preis und der Kritik an der Mantelnutzung zwei gewichtige Argumente, was die Befürworterschaft auf der anderen Seite nicht aufweisen konnte. Gerade die Kosten haben sogar unter den Befürwortern Misstrauen hervorgerufen.

4. Arbeitshypothese

Ablehnungen von Behördenvorlagen sind meist nicht als Festhalten am Status Quo zu verstehen, sondern als Wunsch nach einer anderen Lösung. Hinterfragt wird in solchen Fällen meist nicht die Existenz des Problems, sondern die angebotene Lösung.

Die Ablehnung der Behördenvorlage ist bei der untersuchten Vorlage spürbar kein Zeichen für Status-Quo-Verhafteten. Die interessierten Stimmberechtigten der Stadt Thun wünschen sich eine Neuauflage. Auf den ersten Blick am meisten Zustimmung finden wir bei einem Alternativvorschlag ohne Einkaufszentrum. Allerdings ist auch dieser Vorschlag aus Sicht der Befragten keineswegs herausragend. Gerade rund um die Kosten werden spätestens bei der genauen Ausformulierung einer neuen Vorlage mit grosser Wahrscheinlichkeit wiederum kritische Untertöne auftauchen.

4.2. Der Ausblick

Die Vorlage "Sportzentrum Thun Süd" wurde am 12.2.2006 an der Urne abgelehnt. Die Thuner Stimmberechtigten drückten damit aus, dass sie auf die angebotene Vorlage verzichten möchten, verknüpfen dies aber nicht mit einem grundsätzlichen Verzicht für ein neues Sportzentrum. Wir können mit der mehrheitlichen Zustimmung zu einer Neuauflage ohne Einkaufszentrum zumindest eine aus Sicht der Stimmberechtigten valable Stossrichtung aufzeigen.

Wir haben auch festgehalten, dass gerade dieser Stossrichtung noch einige Hürden in den Weg gelegt sind. Neben dem Behördenprozess zur Feststellung ob ein Stadion ohne (oder mit anderer?) Mantelnutzung überhaupt ein politisch und vor allem finanziell gangbarer Weg ist, gilt es, die durch den Wegfall der Mantelnutzung allfällig entstehenden Mehrkosten kommunikativ gut zu begleiten. Schon bei der jetzigen Vorlage waren die Kosten einer von zwei zentralen Gründen zur Ablehnung der Vorlage, gesteigerte Kosten dienen hier sicherlich nicht zur Problemschärfung.

Auch wenn die Thuner Stimmberechtigten mit der Ablehnung des Sportzentrum Thun Süd und der generellen Zustimmung zu einer Vorlage ohne Einkaufszentrum eine mögliche Stossrichtung vorgeben, von einer ausgearbeiteten und abstimmungsreifen Vorlage ist man gerade auch aus Sicht der Thuner Stimmberechtigten noch einige Schritte entfernt.

Das gfs.bern Team

[identität]



URS BIERI

Politikwissenschaftler, Projektleiter
Schwerpunkte: Berufsbildung,
politische Kommunikation, Abstimmungen,
Wahlen, Kampagnenvorbereitung
und -begleitung, Datenbanken,
Prospektivmethoden.

[identität]



CLAUDE LONGCHAMP

Politikwissenschaftler,
Institutsleiter, Verwaltungsrat
Schwerpunkte: Abstimmungen, Wahlen,
Parteien, Europäische Integration,
Technologiepolitik, politische Kultur und
politische Kommunikation, Geschichte
und Methoden der Demoskopie.

[identität]



STEPHAN TSCHÖPE

Projektassistent
Schwerpunkte: Statistische Datenanalyse,
EDV-Programmierungen,
Hochrechnungen, Visualisierungen.

[identität]



SILVIA-MARIA RATELBAND-PALLY

Administratorin
Schwerpunkte: Desktop-Publishing,
Visualisierungen, Projektadministration,
Vortragsadministration.